

GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 25 36. Jg.

19. Juni 1925

ORGAN DES VERBANDES DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER UND VERWANDTE BERUFE.

Abonnement. Die *Graphische Presse* erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementspreis 0,25 Mk. exkl. Zustellung pro Monat. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3973). Für die Länder des Weltpostvereins 0,60 Mk.

Redaktion:

Hans Röniger, Berlin N 24, Eisenerstraße 86-88 III. Redaktions-
schluß: Montag, *Telephon Amt Norden 4269.*
Verlag: Johannes Hoff, Berlin N 24. — Druck und Expedition:
Conrad Müller, Schenkels-Druckerei, Auguststraße 8-9.

Insertion.

Für die viergespaltene Nonpareilzeile oder deren Raum 0,50 Mk., bei Wiederholung Rabatt. Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 0,30 Mk. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. *Zuschriften an die Expedition erbeten.* Postverlagsort Schkeuditz.

Eine deutliche Antwort.

Der Ausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat in seiner letzten Sitzung zu der am 12. Mai von der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände neuerlich eingereichten Denkschrift an die Reichsregierung Stellung genommen und der Wirtschaftsreaktion folgende deutliche Antwort darauf gegeben:

Die am 12. Mai von der „Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände“ an die Reichsregierung gerichtete neuerliche Denkschrift über Arbeitstarifpolitik, Wirtschaftskrisis und Währung veranlaßt den Ausschuß des ADGB, gegen die völlig falsche und irreführende Darstellung über die Grundlagen der deutschen Wirtschaft und die Auswirkungen der von den Gewerkschaften vertretenen Lohn- und Arbeitszeitpolitik ernsteste Verwahrung einzulegen. Die Unternehmer haben wiederholt in Denkschriften an die Regierung und in der Öffentlichkeit den von ihnen mit allen Machtmitteln verfochtenen Standpunkt, durch *Tiefhalten der Löhne*, verbunden mit noch weiterer Drosselung des Konsums der Massen, und durch *unerträgliche Verlängerung der Arbeitszeit* die Schwierigkeiten der deutschen Wirtschaft zu überwinden, zu rechtfertigen versucht. Die Gewerkschaften haben demgegenüber stets den von den Unternehmern geforderten Weg als durchwegs falsch, als unerträglich für die deutschen Arbeitnehmer und auch als für die deutsche Wirtschaft verhängnisvoll abgelehnt und bekämpft. Sie werden dies auch weiter tun.

Deutschland krankt nicht an einer für seine Wirtschaft gefährlichen Entwicklung der Löhne und Arbeitszeit der Arbeitnehmer, sondern an dem

Streben der Unternehmer, sich selbst möglichst jedem persönlichen Opfer zu entziehen

und einseitig den Arbeitnehmern die Last des Wiederaufbaues der durch den Weltkrieg und seine Folgewirkungen zerstörten deutschen Wirtschaft aufzuerlegen.

Der Reallohn der breiten Schichten der deutschen Arbeitnehmer ist noch immer sehr viel geringer als in der Vorkriegszeit. Über diese Tatsache kann der etwas höher liegende Lohn einiger weniger für die Gesamtwirtschaft der Zahl nach unbedeutender Gruppen von Facharbeitern nicht hinwegtäuschen. Die Löhne in den außerdeutschen Ländern liegen teils ganz beträchtlich über den deutschen Löhnen, und selbst wo sie nominell den deutschen Löhnen gleich sind, zeigen sie im Gegensatz zu Deutschland im Vergleich zur Vorkriegszeit eine wesentliche Erhöhung, so daß die deutsche Industrie im Wettbewerb mit diesen Ländern von der Lohnseite her heute mindestens nicht ungünstiger als früher gestellt ist.

Die direkten Soziallasten sind, gemessen an der allgemeinen Geldentwertung, nicht über die Belastung in der Vorkriegszeit hinausgewachsen.

Sowohl durch Entlassungsschutz und dergleichen früher eine indirekte Soziallast entstand, ist solche längst mit den Demobilisationsbestimmungen verschwunden. Der Unternehmer ist daher in der Lage, uneingeschränkt von sich aus die Arbeits- und Betriebsführung durchzuführen. Das Ausland, das bis zum Kriege auf sozialpolitischem Gebiet hinter Deutschland zurückstand, war genötigt, gleichfalls soziale Einrichtungen zu schaffen, deren Kosten sogar in einigen Ländern beträchtlich über die Aufwendungen der deutschen Wirtschaft hinausgehen.

Das Organisationsproblem.

II.

Obwohl die Kommission wie Vorstand und Ausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes seiner Verpflichtung von Leipzig, eine entsprechende Vorlage für die Bildung von Industrieverbänden auszuarbeiten und sie zunächst den beteiligten Verbänden zur Stellungnahme zu unterbreiten, nicht nachgekommen ist, wird der Breslauer Gewerkschaftskongreß nicht umhin können, eine Entscheidung zu treffen. Sehr richtig ist in der bisher gepflogenen Aussprache über die zu treffende Entscheidung hervorgehoben worden, daß das jetzige Statut des Gewerkschaftsbundes nicht neben der Leipziger Resolution aufrecht erhalten werden kann, wenn nicht dem tollsten Organisationsdurchleander Tür und Tor geöffnet werden soll. Da eine endgültige Entscheidung über die zukünftige Organisationsform aufzuschieben kaum möglich sein wird, muß der Kongreß entweder die statutarischen Bestimmungen über die „Abgrenzung der Gewerkschaften“ ändern oder er muß die Resolution von Leipzig wieder aufheben. Wie auch der Breslauer Gewerkschaftskongreß entscheiden mag: Die Entscheidung wird schwerwiegende Folgen für die Gesamtbewegung ha-

ben, weshalb es Pflicht jedes Gewerkschafters ist, sich über die Bedeutung des Organisationsproblems klar zu werden.

Diese Klarheit sich selbst zu erarbeiten, dürfte das Vorteilhafteste für die Gesamtbewegung sein. Und da liegen drei vorzügliche Hilfsmittel zur Verfügung: Eine Broschüre Fritz Tarnows, Vorsitzender des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes über „Das Organisationsproblem im ADGB“, ein Artikel Robert Dißmanns, Vorsitzender des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, in der wissenschaftlichen Zeitschrift der Gewerkschaften „Die Arbeit“, betitelt „Berufsorganisationen oder Industrieverbände“, und ein Artikel Karl Zwings in dem von ihm herausgegebenen „Gewerkschafts-Archiv“, „Zur Frage der gewerkschaftlichen Organisationsform“. Was sonst noch an Literatur über das Organisationsproblem erschienen ist, lehnt sich an das Obenbenannte an und kann deshalb bei einer Betrachtung der ins Gewicht fallenden Gründe ausscheiden.

Fritz Tarnow behandelt das Organisationsproblem in einer 39 Seiten starken Broschüre und geht nach einer Übersicht der Entwicklung der Organisationsform dazu über, nachdem grundsätzlich festgestellt ist, daß das Berufs-

Die Behauptung, daß Produktion und Güterumsatz heute nur 70 Proz. des Vorkriegsstandes betragen, während die Kosten der einzelnen Arbeitskraft 60 bis 100 Proz. über dem Vorkriegsstand liegen, ist

unsinnig und beweislos.

Weder ist die behauptete Kostensteigerung beweisbar — Lohnhöhe und Soziallast beweisen sogar das Gegenteil —, noch kann die Vereinigung der Arbeitgeberverbände irgendeinen Beweis erbringen, daß die Produktivität auf 70 Proz. gesunken sei. *Die Arbeitsintensität ist allgemein gegenüber der Vorkriegszeit wesentlich gestiegen.* Stärkere Anspannung des einzelnen Arbeiters hat den Ausfall an Arbeitszeit mindestens ausgeglichen, wenn nicht überholt. Aber auch hinsichtlich der Arbeitszeit ist Deutschland im Wettbewerb nicht ungünstiger gestellt, weil auch das Ausland, meist in sehr viel stärkerem Ausmaße wie Deutschland, die Arbeitszeit verkürzt.

Wenn trotzdem die Exportfähigkeit der deutschen Wirtschaft bedroht ist, so liegt die Ursache in der volkswirtschaftlich

einsichtslosen Stellungnahme weiter Unternehmerkreise,

die nach wie vor krampfhaft bemüht sind, in Gewerbe, Handel und Bankwesen die kalkulatorisch ungesunden Grundlagen der deutschen Wirtschaft aufrechtzuerhalten, und sich wehren, endlich die nötigen Voraussetzungen für den notwendigen Preisabbau zu vollziehen. Der ADGB hat — bisher leider vergeblich — immer wieder auf die allein von Industrie, Handel und Banken zu schaffenden Voraussetzungen für eine endliche Gesundung hingewiesen.

Die Gewerkschaften sind bereit, alle Schritte zur Steigerung der Produktivität zu unterstützen, aber sie wehren sich dagegen, daß diese Steigerung auf Kosten von Lohn und Arbeitszeit geschieht.

Die Arbeitgeber sind, wie die *Denkschrift* und die überall im Reich beobachteten Maßnahmen beweisen, zum

Generalangriff auf die Arbeitsbedingungen der deutschen Arbeiter

gewillt. In dieser ersten Stunde erhebt der Bundesausschuß des ADGB seine warnende Stimme. *Die Gewerkschaften nehmen den Kampf auf in dem Bewußtsein, daß sie die kulturelle Zukunft der Masse des deutschen Volkes zu verteidigen und zu sichern haben.* Die deutsche Wirtschaft kann nur dann vor gefährvollen und tiefaufwühlenden Kämpfen bewahrt werden, wenn die deutschen Unternehmer endlich begreifen, daß nicht die weitere Verelendung der Arbeiter zur Gesundung führt. Dieses Ziel kann nur erreicht werden durch höhere, zweckvolle Technisierung, energische Ausschaltung aller überflüssigen und verteuernenden Glieder in Industrie, Handel und Geldverkehr, durch Beschränkung auf volkswirtschaftlich tragbare Gewinnquoten und durch endliche Preisgabe des durch Krieg und Inflation schädlich überspannten Produktionsapparates, ohne Rücksicht auf die Interessen der einzelnen.

Der Bundesausschuß erwartet, daß die Reichsregierung dem von der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände an sie gerichteten Appell, durch Einwirkung auf die Schlichter und durch Verweigerung von Lohnerhöhungen an Arbeiter und Beamte des Staates zur *Herabdrückung des Lebenshaltungsstandards* des deutschen Volkes beizutragen, nicht folgt, sondern im Gegenteil den Gewerkschaften in ihren dem Volksganzen dienenden Bestrebungen jeden staatlichen Schutz und Beistand gewährt.

schaffungskongressen bestätigt wurde, die Zeit vor und in Leipzig zu behandeln. Er hebt hervor, daß es eine massenpsychologische Erscheinung aller Revolutionsepochen ist, Altes zu verwerten und Neues für gut zu halten. Dem unterlagen auch die Gewerkschaften, und die Kommunistische Partei Deutschlands versuchte durch die Forderung der Umformung der Gewerkschaften diese für ihre Partezwecke dienstbar zu machen. Aber unabhängig von diesen gefühlsmäßigen und parteipolitischen Strömungen hatten sich auch in der Gewerkschaftsbewegung selbst Verhältnisse entwickelt, die der Idee der Industrieorganisation mit betrieblicher Abgrenzung neue Nahrung zuführten. Diese Idee war ja aber immer dagewesen, und daß ihr gewisse Vorzüge innewohnen, ist nie bestritten worden. Und sie gewann besonders an Boden durch die Wirkungen der Inflation, die die Gewerkschaftsbewegung zur Lohnbewegungsmaschine machten und notwendigerweise zur Vereinfachung der Lohnbewegung drängten. Dazu kam die stürmische Ausbreitung der Tarifverträge, die ihrerseits ebenfalls — besonders in der Großindustrie — dahin drängten, zur geschlosseneren Vertretung der Interessen der Arbeiter als Tarifkontrahenten den Apparat zu vereinfachen. Außerdem auch die gelockerte Gewerk-

schaftsdisziplin, die im tollen Wirbel der Inflation eine ordnungsmäßige, vorbedachte und planmäßige Führung von Lohnbewegungen unmöglich machte, weil die Mitglieder sich in Streiks und Aussperrungen verwickeln ließen, die von anderen Berufsgruppen verursacht waren. Es ist darum verständlich, daß dem Organisationsproblem in der Nachkriegszeit eine ganz andere Bedeutung beigemessen wurde als vordem und der Ausschluß des ADGB dazu kam, eine Kommission zum Studium der Organisationsfrage einzusetzen. Das Ergebnis der Kommissionsarbeit war eine Empfehlung an den Bundesvorstand, das Organisationsproblem durch Referat und Korreferat auf dem Leipziger Gewerkschaftskongreß behandeln zu lassen, was auch geschehen ist und zur Annahme der Resolution Dißmann führte.

Die Hauptfrage ist ja nun — wie kann die Leipziger Resolution durchgeführt werden. Mit Recht verweist Tarnow bei Beantwortung dieser Frage darauf hin, daß die Kommissionsberatungen nach Leipzig gezeigt haben, daß die Schwierigkeiten zur Lösung des Organisationsproblems nicht geringer, sondern viel größer geworden sind, als in Leipzig von irgend jemand angenommen werden konnte. Das kommt daher, daß nicht nur grundsätzliche Gegensätze zwischen den Anhängern des Berufs- und denen des Industrieprinzips, sondern daneben auch die mannigfachen Gegensätze unter den Anhängern der Industrieverbandsform selbst bestehen. Im Gegensatz zum Berufsprinzip gibt es eben kein einheitliches Industrieverbandsprinzip, sondern mehrere solcher Prinzipien, wobei jeder das Prinzip verteidigt, das für seine besonderen Organisationsinteressen am zweckmäßigsten erscheint. Das liegt daran, daß das Industrieprinzip noch ein ganz nebelhafter Begriff ist und deshalb allein nicht genügen kann, die Grenzen zwischen den einzelnen Verbänden kenntlich zu machen. Aber auch die Konzentration in der Wirtschaft bietet keine Grundlage ein neues, einwandfreies Schema für die Abgrenzung von Industrieverbänden zu schaffen, denn die wirtschaftliche Konzentration ist keine einheitliche Bewegung. Sie verläuft sowohl in der horizontalen wie in der vertikalen Richtung, schließt aber auch gemischte Konzerne ein. Diese drei Tendenzen sind auch in den Vorstellungen über Industrieverbände anzutreffen. Selbst wenn man sich die horizontale Verbindung als Grundlage der Lösung des Organisationsproblems nimmt, dem die meisten Industrieverbandsanhänger zustimmen dürften, ist noch kein einwandfreies Organisationschema geschaffen, weil die Betriebe vielfach in die verschiedensten Industrien zerlegt sind und die Belegschaften sich demnach auf verschiedene Industrieverbände verteilen. Auch die Grundlage der gemeinsamen Herstellung eines Produkts gibt keinen geeigneten Boden für die Änderung der gewerkschaftlichen Organisationsform ab, weil daraus notwendigerweise Widersinnigkeiten entstehen müssen. Aber alle diese Vorstellungen über Industrieverbände sind vorhanden und werden verfochten, was eine Verständigung über einen neuen Organisationsplan ausschließt. Daraus resultiert, daß auf den Plan überhaupt verzichtet werden muß oder Maßnahmen zur zwangsweisen Durchführung ergriffen werden.

Daß die zwangsweise Durchführung eines Organisationsplanes die freie Gewerkschaftsbewegung bis in die Grundfesten erschüttern würde, wer wagt das zu bezweifeln? Daneben wirft sich die Frage auf: Hat denn der Gewerkschaftsbund oder der Gewerkschaftskongreß überhaupt die Macht, einem Beschlusse zur zwangsweisen Durchführung eines Organisationsplanes Geltung zu verschaffen? Tarnow beantwortet diese Frage unter Darlegung der Struktur des Gewerkschaftsbundes ebenfalls mit einem glatten Nein. Er hält es deshalb für die vernünftigste Lösung, da auch die Anhänger einer Neuorganisation an einen Zwang nicht denken, es bei dem jetzigen Zustand zu belassen. Eine andere Lösung dürfte es kaum geben, soll der Gewerkschaftsbund nicht gesprengt werden.

Aber damit ist nach Ansicht der Industrieverbandsanhänger nicht der Pflicht genüge getan, der weiteren Konzentration der Gewerkschaftsbewegung, der Erhöhung ihrer Kampfkraft und der Vermehrung ihres Einflusses auf Wirtschaft und Staat die Wege geebnet zu haben. Nach Tarnow hängt diese Pflichterfüllung nicht von der Änderung der Organisationsform ab. Die durchaus anderen Verhältnisse der Jetztzeit mit ihren Änderungen im Staat und in der Wirtschaft weisen zwar der wirtschaftlichen Organisation der Arbeiterklasse eine weit bedeutsamere Rolle zu und vergrößern deshalb ihre Aufgabe, aber die Lösung der erweiterten Aufgaben fällt vornehmlich der allgemeinen Gewerkschaftsvertretung zu und nicht den einzelnen Verbänden. Tarnow sieht deshalb die Lösung des Organisationsproblems in einem weiteren Ausbau des Gewerkschaftsbundes, ohne die Idee des Allgemeinen Gewerkschaftsverbandes als durchführbar anzusehen. Er vertritt die

Ansicht der Notwendigkeit des weiteren Ausbaus des Gewerkschaftsbundes, selbst wenn dadurch die öffentliche Bedeutung der Einzelverbände und deren absolute Selbständigkeit geschmälert werden sollte und ist nach ihm in dieser Richtung die weitere Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung zu suchen.

Hier haken sowohl der Kollege Dißmann wie der Kollege Zwing ein. Letzterer meint, daß dieser Lösungsversuch, die einzelnen Verbände in den Rang von Unterabteilungen der Gesamtorganisation einrücken zu lassen, direkt falsch sei. Gerade aus der soziologischen Lage der Gewerkschaften könnte nichts verhängnisvoller wirken, als wenn durch einen Überzentrismus ein gewisser gewerkschaftlicher Militarismus herangezöchtet würde. Das Industrieverbandsprinzip habe seine geistigen Wurzeln in den veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen, in den Wirtschaftsprinzipien der Gegenwart, den Konzentrationsprinzipien, hänge also mit dem Funktionswandel und neu sich bildenden, aus der Gegenwart erwachsenden gewerkschaftlichen Prinzipien aufs innigste zusammen. Auf den Funktionswandel kommt es aber nach Zwing an. Ein Funktionswandel bedinge in der Regel auch eine andere Organisationsform. Die Frage, ob sich die Funktionen der Gewerkschaften so verändert haben, daß die heutigen Organisationsformen nicht mehr ausreichen die neuen Funktionen zu erfüllen, und ob daher eine grundlegende Änderung der Organisationsformen herbeigeführt werden muß, beantwortet Zwing mit uns mit Ja. Er sieht mit uns in den Industrieverbänden die gegebenen Faktoren, neue Geistigkeiten, neue Prinzipien und neue Gedanken zu entwickeln. Durchaus richtig sieht Zwing die Dinge, wenn er betont: „Der Berufsgedanke ist überaltert, aus dem Berufsgedanken heraus sind keine, die unsolidarischen Gruppeninteressen aufhebende, neue Prinzipien entwickelnde, überragende Ideen zu erwarten. Vom Beruf aus sieht man nur einen kleinen Ausschnitt einer Industrie und einen noch kleineren aus der Gesamtwirtschaft. Der Gedanke der industriellen gewerkschaftlichen Zusammenfassung ist daher gesund, aber es darf nicht schematisiert werden, sondern es müssen die zwischen Handwerk und Vertikalismus liegenden Wirtschaftsformen berücksichtigt werden. Das Streben nach Industrieverband muß aber auch eine große leitende Idee haben und darf nicht eine Umorganisation der Massen durch Zerschlagen anderer gewerkschaftlicher Verbände darstellen. Der Industrieverband muß vielmehr die Wirtschaftsproblematik der Gewerkschaften zu lösen versuchen, durch neue Gedankeneinheiten die innere gewerkschaftliche Problematik, die unsolidarischen Gruppeninteressen überwinden und zur Auflösung zu bringen suchen, um sie in innerer Einheit wieder zusammenzufassen. Hierzu bedarf es einer gründlichen Vorbereitung. Entwickelt der Industrieverbandsgedanke die geistigen Kräfte zu einer vollständigen Gedankenumstellung innerhalb der Gewerkschaften, so hat er eine Großtat in der Höherentwicklung der Arbeiterklasse vollbracht, wird der Industrieverbandsgedanke aber durch Schematismus und durch den Abstimmungssetzler zur Lösung zu bringen gesucht, so werden schwere Erschütterungen des gesamtgewerkschaftlichen Lebens nicht ausbleiben können.“ Zwing schlußfolgert daraus:

„Aus den zur Zeit und in weiterer Zukunft herrschenden wirtschaftlichen Hauptprinzipien heraus, muß daher das durch den Industrieverband verkörperte gewerkschaftliche Konzentrationsprinzip in den Vordergrund gestellt werden. Aber man darf auch nicht übersehen, daß in der Wirtschaft neben dem herrschenden Hauptprinzip auch immer noch ältere Systeme laufen. Die Wirtschaft wird in ihren Formen nicht einfacher, sondern immer reichhaltiger. Das führende Wirtschaftssystem läßt immer noch Raum für die früher einmal herrschend gewesenen Systeme oder Wirtschaftsformen. Das ist überaus wichtig für das Problem gewerkschaftlicher Organisations-Neuordnung. Daher keine Schematisierung und kein gewerkschaftlicher Mechanismus. Neben dem Industrieverbandsprinzip, das zweifellos bei der Vorherrschaft wirtschaftlicher Konzentration dringend notwendig ist, haben bis zu einem gewissen Grade auch Berufsverbände zunächst noch eine gewisse Daseinsberechtigung. Aber Einzelberuf und Berufsgedanke kann weder die neue gewerkschaftliche Wirtschaftsproblematik zur Lösung bringen, noch die neu erstandenen Funktionen der Gewerkschaften schöpferisch mit Leben erfüllen. Die zum gewerkschaftlichen Funktionswandel notwendigen Qualitäten kann nur das Industrieverbandsprinzip entwickeln, weil es gegenüber dem in der großen Gesamtwirtschaft vorherrschenden Konzentrationsprinzip ein ebenbürtiges Prinzip darstellt. Der gewerkschaftliche Überzentrismus ist aber auf jeden Fall in der neueren Entwicklung schädlich, denn nicht Aristokratie, sondern Demokratie ist das große aufbauende Element neuzeitlicher gesellschaftlicher Neuordnung.“

Hauptversammlung des Verbandes Deutscher Steindruckereibesitzer.

Die diesjährige Hauptversammlung des Verbandes Deutscher Steindruckereibesitzer war für den 24. Mai nach den Räumen des Schutzverbandes, Berlin, Nollendorferplatz, im Anschluß an die Tarifverhandlungen berufen worden. Auf der Tagesordnung standen Berichte der Abteilung Fachverband und Abteilung Schutzverband, Kassenbericht, Bericht von den Tarifverhandlungen, Offsetpreistarif, Neuwahlen und was sonst noch zur Abwicklung geordneter Organisationsarbeit durch solche Versammlungen zu erledigen ist.

Den Jahresbericht für die Abteilung Fachverband erstattete der Syndikus Dr. Schubert. Nach dem „Steindruckgewerbe“ ist der Mitgliederstand von 813 auf 829 gestiegen. Die Entwicklung der Mindestverkaufspreise seit der letzten Hauptversammlung auf den Gebieten des Flachdruckes, des Offsetdruckes und der Fertigmacharbeiten wurde geschildert und die derzeit geltenden, den jetzigen Verhältnissen angepaßten Geschäftsbedingungen erörtert. Ferner wurden Mitteilungen über Neueinrichtungen des Verbandes, z. B. die Exportkartothek usw. gemacht. Dann wurde über die Aktion des Verbandes in der Frage des Wertpapierdruckes, der internationalen Regelung des Geschmacks-musterschutzes, des kleinen und großen Zolitarifes, über die Beteiligung bei den internationalen Handelsvertragsverhandlungen, über den Kampf gegen die Reklamesteuer, über die im Entwurf vorliegende Tabaksteuer berichtet und ein Ausblick in die Zukunft gehalten.

Den Jahresbericht der Abteilung Schutzverband erstattete sein Vorsitzender W. Wolff. Herr Wolff schilderte noch einmal die Schwierigkeiten, die beim Tarifabschluß 1924 zu überwinden waren und wendete sich dann der Lohnfrage zu. Nach Herrn Wolff hat die „Lohnfrage lediglich unter dem Druck des Gehilfenmangels, der die Gehilfen in gänzlicher Verkennung der wirtschaftlichen Lage des Steindruckgewerbes in eine unbegreifliche Konjunkturpolitik auf diesem Gebiete hineingetrieben habe, eine Gestaltung angenommen, die für die Konkurrenzfähigkeit des Steindruckgewerbes auf dem internationalen Markte das Schlimmste befürchten läßt, wenn nicht noch in letzter Stunde die notwendige Einkehr auf Seiten der Gehilfen hier einsetzt. Die Gehilfen verwechseln den Gehilfenmangel mit dem Begriff einer guten wirtschaftlichen Konjunktur und lassen sich unter falscher Beurteilung der wirtschaftlichen Lage unseres Gewerbes zu einer Lohnpolitik treiben, die sich in absehbarer Zeit sehr bitter an ihnen selbst rächen muß. Wenn hier nicht die notwendige Einsicht wiederkehrt, dann sägen sie selber den Ast ab, auf dem Unternehmer und Arbeitnehmer sitzen.“

Dasselbe Lied ist auch bei den Tarifverhandlungen von den Unternehmern gesungen worden. Wollte man daraus Schlüsse ziehen, wäre man verpflichtet, den Gehilfen Dank dafür auszusprechen, daß sie die Löhne auf eine annähernd eine Existenz gewährende Basis gebracht haben. Denn es war doch bisher so — und es wird auch in Zukunft kaum merklich anders sein —, daß dem Gewerbe gedient hat, was die Unternehmer beklagen. Ähnlich ist es mit dem Astabsägen und der Ausnutzung des Gehilfenmangels. Hätten die Unternehmer nicht in der Zeit nach dem Kriege unter rücksichtsloser Ausnutzung des Inflationsdruckes auf die Gehilfen eine Lohnpolitik getrieben, die viele Gehilfen wie mit Skorpionen gepöckelt in andere Berufe und Gewerbe und ins Ausland jagte, dann bräuchten sie heute nicht über Gehilfenmangel zu klagen, weil kein Gehilfenabgang, sondern ein Zugang junger Kräfte zum Gewerbe zu verzeichnen gewesen wäre. Durch die schändlich niedrigen Löhne während der Zeit des rapiden Währungsverfalles, die jeden ungelerten Arbeiter mit Verachtung auf die gelerten graphischen Arbeiter herabließen ließ, haben die Unternehmer selbst die Situation geschaffen, die ihnen nun nicht gefällt. Wie es kommen mußte, ist ihnen damals oft genug gesagt worden, aber so ausgesprochenen Konjunkturpolitikern, wie die Steindruckereibesitzer es nun einmal sind, scheint jede Stunde verloren, die nicht Augenblickspolitik macht. Da es jetzt anders herum geht und die Gehilfen nachzuholen suchen, was sie hätten immer haben müssen, sitzen sie an den Wassern. Sie ließen sich eben „unter falscher Beurteilung der wirtschaftlichen Lage unseres Gewerbes zu einer Lohnpolitik treiben, die sich in absehbarer Zeit bitter an ihnen selbst rächen“ mußte. Alle Schuld rächt sich auf Erden! — Das müßten die Gehilfen den Unternehmern zurufen, wenn die Darlegungen des Herrn Wolff uneingeschränkt richtig wären. Das sind sie aber nicht. Denn es wird keinem Menschen möglich sein den Beweis dafür zu erbringen, daß ein Gewerbe zugrunde gehen muß, wenn es den Gewerbeangehörigen so viel bietet, daß sie sich lediglich die Existenzmittel beschaffen können, die sie für sich, ihre Familie und auch zur Erhaltung des Gewerbes gebrauchen.

Dann behandelte Herr Wolff die Frage der Heranziehung eines „genügenden“ gewerblichen Nachwuchses sowie die letzten Tarifverhandlungen. In Kreisversammlungen soll zum Ergebnis der Tarifverhandlungen sowie zu wichtigen Änderungen der Satzungen des Verbandes Deutscher Steindruckereibesitzer Stellung genommen werden. Als besonders wichtige Änderung der Satzungen wird „die in die Satzung aufgenommene Verpflichtung, bei Neueinstellung von Gehilfen beim letzten Arbeitgeber über die Höhe des zuletzt bezogenen Lohnes und über die Rechtmäßigkeit der Auflösung des Arbeitsverhältnisses Rückfrage zu halten“, bezeichnet. Da sind also in Zukunft noch ganz andere Stückchen von unseren Unternehmern in puncto Lohndruck zu erwarten, als es die Verpflichtungsscheine waren! Das wird Anlaß für uns sein, uns diesen Dingen besonders liebevoll zu widmen. Der Verbandstag wird daneben Gelegenheit nehmen müssen, nachzuprüfen, ob unsere Satzungen Abwehrmittel genügend bieten.

Nach vollzogener Genehmigung des Kassen- und Vermögensberichtes wurden die Neuwahlen vorgenommen, die nur dort eine Änderung brachten, wo die bisher Amtierenden eine Wiederwahl ablehnten. Sämtliche Wieder- und Neuwahlen wurden einstimmig vollzogen. Nach Erledigung der übrigen geschäftsmäßigen Dinge, die die Gehilfen weniger interessieren, wurde die diesjährige Hauptversammlung des Verbandes Deutscher Steindruckereibesitzer nach reichlich dreistündiger Dauer geschlossen.

Nach dem uns gewordenen Bericht soll die Versammlung gut verlaufen sein. Man hat ja auch ganz nett gegen die Gehilfenschaft gewertet und die Grundlage für ständigen Krakehl geschaffen. Wir sind gespannt, welches Gesicht die Unternehmer aufsetzen werden, wenn die Folgen das erste Mal zur Aussprache stehen werden, die sich notwendigerweise aus dem Beschlusse ergeben müssen, Gehilfen nur zu dem Lohn einzustellen, den sie in ihrer letzten Stellung bezogen haben. Daß die Gehilfen bei der Durchführung des Beschlusses nicht widerspruchslos mitspielen werden, bedarf sicher keiner besonderen Betonung. Wir wenigstens sind der Meinung, daß dieser Beschluß mit dem Prinzip des Leistungslohnes aber auch gar nichts zu tun hat. Und ob so die Leistungsfähigkeit zu steigern ist, dürfte auch keine Frage sein. Jedenfalls tun einsichtige Unternehmer bei der Suche tüchtiger Arbeitskräfte gut, nicht zu sehr mit dem Feuer zu spielen. Es könnten sonst die vielen Brandherde nicht mehr zu löschen sein!

Opposition und Verbandstag.

Überall, wo eine sogenannte Opposition in der Mitgliedschaft vorhanden ist, dürften bei der Aussprache über den Verbandstag, die vom Kollegen H. Tittel in der „Graphischen Presse“ gemachten Ausführungen einen breiten Raum einnehmen. Diese Tatsache, und die Beleuchtung der Opposition sind die Ursache zu diesen Zeilen. Was heißt das überhaupt, Opposition? Werden bei uns im Verband Fehler gemacht, sind wir auf falschen Wegen, daß sich eine solche Gruppe notwendig macht oder beziehen diese Kollegen ihre Opposition von außenstehenden Stellen? Es ist kein Geheimnis, daß, wenn die Kulisse (Opposition), fortgenommen wird, dann die Träger Moskau zum Vorschein kommen. Deshalb ist eine Klärung der verschiedenen Meinungen und eine Verständigung fast unmöglich, da zu der Abhängigkeit von der Zentrale auch noch die ganz andere Auffassung der Dinge kommt.

Grundsätzlich ist weder mit der politischen Taktik, noch mit der Gewerkschaftsarbeit der Opposition vorwärts zu kommen. Für die Richtigkeit dieser Behauptung nehmen wir als Beispiel für die politische Taktik, die Wahl des Reichspräsidenten. Die von H. T. hervorgehobene dunkelste Reaktion, hätte am 29. April eingedämmt werden können, wenn alle, die vorwärts wollen, auch den Mut zum Handeln (siehe „Prawda“, Moskau, vom 13. und 14. Mai 1925) gehabt hätten. Durch den Sieg der Reaktion wächst natürlich deren Anziehungskraft. In diesem Zusammenhang sei auch auf die psychologische Auswirkung der kommunistischen Beschimpfungen hingewiesen. Sie wirken dem Sinne nach radikal, in der Auswirkung aber reaktionär. Als Entschuldigung kann gelten, daß die Opponenten die Verhältnisse falsch sehen. Sie sehen wohl die Wirkung richtig, jedoch nicht die Ursachen. Wenn zum Beispiel H. T. von der tödlichen Krisis des Kapitalismus oder dem mangelnden Vertrauen der Gewerkschaftsführer in die lebendige Kraft der Arbeiterklasse schreibt, so kann ein einfacher Sozialist und freier Gewerkschafter nicht mehr folgen. Auch wenn er heute noch nicht erkannt hat, daß nur die fehlende Erkenntnis der Ereignisse und die dadurch hervorgerufene Uneinigkeit der sozialistischen Arbeiter und Führer für die Entwicklung verantwortlich sind.

Die gewerkschaftliche Einheit in nationaler und internationaler Beziehung ist nach H. T. eine wichtige Frage. Dabei findet er auch gleich den Schuldigen im IGB. und im ADGB.

Warum besteht gewerkschaftlich keine Einheit? Der Gründung des IGB. (Amsterdam) blieben die Russen fern. Nachdem sich dort 18 bis 24 Millionen zusammenfanden, wollten die Russen gerne dabei sein. Sagt nun die Opposition in diesem Falle was sie will? Nein, getreu ihrer Anweisung handelt sie! Als Beweis einige Zitate: Auf dem 5. Kongreß der K. I., 17. 6. bis 8. 7. 1924, wurde viel über die Einheitsparole geredet. Nach der „Prawda“ vom 15. Juli sagt Sinowjew: „Wenn jemand wirklich glaubt, daß es sich um einen ehrlichen Bund mit den Amsterdamer handelt, so ist weiter überhaupt nicht mehr zu reden. Hätte ich eine Ehe mit den Amsterdamer schließen wollen, so sollte man mich hinauswerfen. Ich hätte es jedenfalls mit denen getan, die wirklich einen solchen Bund angestrebt hätten.“

„Wir wollen unsere Waffen so gebrauchen, wie es der Klassenkampf erfordert. Und seine Forderungen sind heute die, daß wir auf dem Umwege die Einheit der Gewerkschaften zu bewahren, die Mehrheit in denselben zu erobieren versuchen müssen. Wir haben gehofft, mit Hilfe einer Frontalattacke zum Ziel zu kommen. Das ist nicht gelungen. Jetzt müssen wir dieselbe Frage stellen und einen weiteren Weg wählen.“

Wollen wir nicht von einer Ehe mit den Amsterdamer sprechen. Nicht zu einer „extrem rechten“ Wendung, wie Genosse Bordiga sagte, rufen wir sie, sondern vorwärts gegen die Bande der Laken der Bourgeoisie, zur Eroberung der Mehrheit in den heutigen Gewerkschaften, nicht nur im nationalen, sondern auch im internationalen Maßstabe.“

Es ließen sich noch eine Reihe Aussprüche anderer Moskauer anführen, darunter der Gewerkschafter Losowsky, doch genug damit. Zum Vergleich dagegen das wichtigste von der Entschließung des Wiener Kongresses (Amsterdam).

„Nach Kenntnisnahme des Berichts über die Unterhandlungen zwischen dem Bureau und dem all-russischen Gewerkschaftsrat, spricht der Kongreß sein Bedauern darüber aus, daß die russischen Gewerkschaften infolge ihrer Weigerung, die von den autorisierten Vertretern der bedeutendsten Gewerkschaften der ganzen Welt anerkannten Statuten und Verfassungsbestimmungen des Internationalen Gewerkschaftsbundes anzuerkennen, noch immer dem IGB. fernbleiben.“

Der Kongreß empfiehlt dem Bureau, insoweit es möglich sein wird, ohne die Würde des IGB. zu verletzen, seine Bemühungen fortzusetzen, um die Einverleibung der russischen Gewerkschaften auf Grund der Statuten und Bestimmungen des IGB. in die internationale Gewerkschaftsbewegung herbeizuführen.“

Nun noch ein Beispiel nationaler Abkunft. Im „Klassenkampf“ in Halle stand Anfang des Jahres ein Artikel über kommunistische Gewerkschaftsarbeit. Diese Arbeit wurde durch die Bezirksleitung Halle-Merseburg der KPD. in folgender Weise richtig gestellt:

„Kommunistische Gewerkschaftsarbeit ist kommunistische Parteiarbeit. Der kommunistische Gewerkschafter hat in seiner gewerkschaftlichen Organisation lediglich Aufträge der Kommunistischen Partei, d. h. des revolutionären Zentrums der Arbeiterbewegung durchzuführen.“

Solange nun die Opposition (KPD.) diesen Standpunkt einnimmt, ist ein gedeihliches Zusammenarbeiten schwer möglich und die Einheit nur oberflächlich. Jeder Amsterdamer wehrt sich mit allen Mitteln gegen den parteipolitischen Zwang, unter den die freien Gewerkschaften gestellt werden sollen. Zur Beachtung Verbandsstatut § 2. International vertritt sich außerdem die satzungsgemäß gewählteste Selbständigkeit der gewerkschaftlichen Landeszentralen nicht mit den kommunistischen Bestimmungen. Welcher freie Gewerkschafter möchte hier Konzessionen machen, die letzten Endes nur die bereits bestehende Einheit zerstören.

Die zur Zeit stark in den Vordergrund gestellten englisch-russischen Einigungsbestrebungen können nach den oben gemachten Ausführungen nur vorsichtig als „positiver Erfolg“ zur Einheit in Rechnung gestellt werden. Es muß sich erst noch ausweisen, ob die RGI. ihren Standpunkt vom Jahre 1924 geändert hat und ob es nicht bloß Propaganda und Reklame ist.

Den Vorschlag, einen Betriebsrätekongreß zur Förderung des graphischen Industrieverbandes einzuberufen und den dazu gemachten detaillierten Vorschlag, will ich nicht erörtern. Es wäre ja ebenfalls ein vorzügliches Muster, um daran das Erkennen der Dinge, wie sie sind und wie sie gesehen werden, zu zeigen.

Alles in allem würde ich es bedauern, wenn auf dem Verbandstag über diese Fragen viel geredet würde. Wenn aber doch, dann mit aller Deutlichkeit „offen und ehrlich“ ohne Kulisse. Die Zeit, die nach Erledigung aller inneren Verbandsangelegenheiten übrig bleibt, sollte dazu benutzt werden, die Kollegen mit den Problemen der Zeit erneut vertraut zu machen, damit durch Erkennen der Dinge eine Einheit der Überzeugung und des Handelns im Interesse der Kollegenschaft und des gesamten Proletariats erreicht wird.

G. Münkler.

So wird das Kunstdruckgewerbe nicht gefördert!

Mehrfach ist in unserer Presse darauf verwiesen worden, wie notwendig es im Hinblick auf die Lage der deutschen Wirtschaft ist, Voraussetzungen dafür zu schaffen, erstklassige Qualitätsarbeit zu leisten, um die seit dem Krieg verlorenen Auslandsaufträge wieder zu gewinnen. Nicht nur die Unternehmer der deutschen Industrie, sondern auch die Arbeiterschaft hat ein dringendes Interesse daran. Das Ausland hat bisher, vielfach mit Erfolg versucht, sich vom deutschen Markt unabhängig zu machen. Auch in photographischen Papieren ist die ausländische Konkurrenz mit Erfolg sehr rühmig gewesen. Ansehend soll die einheimische Produktion auf eine Weise gehoben werden, die wir nicht für die richtige, im obigen Sinne, halten.

Wir haben kürzlich an dieser Stelle darauf hingewiesen, daß ein Zusammenhang der Bromsilberpapierfabriken mit den Kunstdruckanstalten insofern besteht, als erstere ihre Ausschubpapiere möglichst in diesen Anstalten verarbeiten lassen. Nach genauer Information sind wir heute in der Lage, noch näher auf die Dinge einzugehen. Wie uns von ruhig, sachlich denkenden Kollegen, denen eine langjährige fachliche Erfahrung zur Seite steht, berichtet wurde, ist das Bromsilberpapier der deutschen Papierfabriken außerordentlich silberarm. Diese Silberarmut bringt mit sich, daß brillante Drucke überhaupt nicht mehr hergestellt werden können. Wenn tatsächlich ausländische Bromsilberdruckanstalten bessere Qualitätsleistungen hervorbringen, was ohne weiteres zugegeben werden muß, so liegt das vor allen Dingen daran, daß aus diesem silberarmen Papier trotz aller Feinness im Ausgleich und in der Entwicklung kein besseres Resultat heraus zu holen ist. Dabei ist die Arbeitsleistung der Kollegen ganz bedeutend gestiegen, umso mehr, als sich die Auflagenzahl bisher sehr niedrig gehalten hat und erst jetzt wieder im Steigen begriffen ist. Trotz dieser kleinen Auflagenzahl wird versucht, eben so viel Meter fahren zu lassen wie früher. Ist doch in einer Anzahl Anstalten schon eine Tagesleistung von 3000 m pro Maschine erreicht worden. Bei der Billigkeit, mit der die Papierfabriken ihre Ausschubpapiere anbieten, ist es auch ganz erklärlich, daß die Firmen auf diese Manipulationen eingehen, denn sie verdienen schon an dem billigen Bezug des Papierses so viel, daß sie eigentlich an der Fabrikation nichts mehr zu verdienen brauchen. Wir konnten leider noch nicht feststellen, ob auch bei der Verarbeitung der Chemikalien sich ähnliche Praktiken herausgestellt haben. Auch die Retusche für die Drucke dieses silberarmen Papierses, braucht eine viel intensivere Bearbeitung des Negativs wie das früher der Fall war, und so ergibt sich, daß trotz angeblich geringerer Leistung an Auflage, eine viel intensivere Arbeitsleistung des einzelnen zu verzeichnen ist. Das in den Firmen sich immer mehr breit machende Antreibersystem und die damit verbundene Rückständigkeit der Betriebe wird sich eines Tages bitter rächen müssen. In bezug auf die technischen Einrichtungen ist von keiner Anstalt bis jetzt irgend welche Neuschaffung erfolgt. Mit denselben alten Maschinen — oft sind es die reinsten Klapperkästen — die schon jahrzehntlang im Betriebe sind, muß die Gehilfenschaft diesen gesteigerten Ansprüchen der Firmen nachkommen. Wenn dann einzelne Firmen Überstunden und zwar bis zu drei Stunden täglich verlangen und diese geleistet werden, so daß schon einzelne Kollegen durch die Überarbeit zusammengebrochen sind, dann braucht man sich nicht zu wundern, daß die Unzufriedenheit der Branchenangehörigen mitunter ziemlich schroffe Formen angenommen hat. Es ist zu begreifen, wenn in den Betrieben die Unruhe nicht nachläßt, insbesondere, wenn trotz gesteigerter Produktion und Mehrverdienst der Firmen durch die Billigkeit des Ausschubpapierses, den Kollegen ein mehr als minimaler Lohn gezahlt wird. Wir warnen die Unternehmer, den Bogen nicht zu straff zu spannen. Wer die inneren Zusammenhänge der Papierfabriken mit den Bromsilberkunstdruckanstalten genauer kennt, wird wissen, daß die Kunstdruckbetriebe sich trotz aller technischen Rückständigkeit immer noch ganz gut rentieren und so also die Behauptung der Unternehmer, der Beruf sei im Absterben begriffen und könne höhere Löhne nicht ertragen, nur leere Ausreden sind, um die Profitrate zu steigern.

Die Kollegenschaft muß sich eine Einwirkung darauf verschaffen, bessere Qualitätsleistung in der Produktion zu erreichen.

Sollten diese Darlegungen nicht so beachtet werden, wie es notwendig ist, wären wir vielleicht gezwungen, die Dinge direkt der Öffentlichkeit zu unterbreiten, damit diese sieht, wie wenig profitlustern Unternehmern an der Leistung von Qualitätsarbeit liegt.

Vom Büchertisch.

Das Problem des Achtstundentages. Von A. Kranold. Band III der Schriftenreihe des Gewerkschaftsarchivs. Verlag Gewerkschafts-Archiv, Jena. Preis geb. 4,80 Mk., broschiert 3,60 Mk.

Das Buch Kranolds, das eine Erweiterung der im Band I und II des Gewerkschafts-Archivs erschienenen Aufsätze: „Zur Problematik des Achtstundentages“ ist, will die unfruchtbar gewordene Diskussion über das Problem des Achtstundentages wieder ins richtige Geleise bringen. Um die letzten Wurzeln des Problems aufzuzeigen, werden einleitend weitaußerholende grundsätzliche Erwägungen angestellt. Ob das in dem Umfang notwendig war, darf gelinde Zweifel begnügen. Trotzdem muß das Buch als ein ausgezeichneter Beitrag zum Problem des Achtstundentages bezeichnet werden, an dem nicht achtlos vorbeigegangen werden kann. Der behandelte Stoff gliedert sich in folgende fünf Kapitel: Grundsätzliche Betrachtungen über die Problemstellung, die sozialen und kulturellen Gründe nach der Forderung nach dem Achtstundentage, die Unterscheidung zwischen Maximalarbeitszeit und Normalarbeitszeit, das Verhältnis der Arbeitszeit zur Arbeitsleistung und sozialpolitische Schlussfolgerungen aus der arbeitswissenschaftlichen Untersuchung des Verhältnisses der Arbeitszeit zur Arbeitsleistung.

Bezieher des Gewerkschafts-Archivs erhalten das Buch zum halben Ladenpreis.

Lebensregeln. Von August Graf von Platen. Werk-Verlag, Berlin W 57, Potsdamer Str. 96. Preis geb. 6,— Mk.

Platens „Lebensregeln“ werden hier in wirklich geschmackvoller Weise vom Werk-Verlag zu erschwinglichem Preise geboten. Das hohe Ethos dieser Sprüche kennzeichnet so richtig Platen. Wer einem sinnenden Menschen Freude machen will, hat hier ein Geschenkwerk, das nur bestens empfohlen werden kann.

Im Hause der Freudlosen. Bilder aus dem Zuchthaus. Von Felix Fechenbach. Verlag J. H. W. Dietz Nachflg., Berlin SW 68, Lindenstr. 3. Preis 3,30 Mk.

Das Buch Fechenbachs, der wider jede Vernunft ins Zuchthaus gesperrt wurde, ist eine einzige Anklage des Strafvollzugsverfahrens in den deutschen Zuchthäusern. Was Fechenbach aus seiner Zuchthauszeit erzählt, und die Erfahrungen, die er gesammelt hat, ist zwar nichts neues, aber es ist immer wieder notwendig, die zwecklose Grausamkeit, die in der Behandlung der Gefangenen steckt, zu brandmarken.

Das vorzüglich ausgestattete Buch ist auf holzfreiem Papier gedruckt und in Ganzleinen gebunden. Der Entwurf des Umschlages und die wirkungsvollen Zeichnungen sind von Hans Windisch in vollendeter Weise ausgeführt.

Der kleine Brockhaus. Handbuch des Wissens. Verlag F. A. Brockhaus. Lieferung 1. Preis 1,90 Mk.

Die uns vorliegende erste Lieferung umfaßt mit den Stichwörtern A - Bolscheismus eine überreiche Fülle von Stichwörtern aller Art und ist geschmückt mit vielen wertvollen und lehrreichen Bildertafeln und Karten, in und außer dem Text; auch prächtige bunte Bilder sind dabei. Außerdem enthalten die 80 Seiten der ersten Lieferung nicht weniger als 443 klar ausgeführte Textabbildungen. Zu unserer Freude sehen wir, daß der kleine Brockhaus sich erstmalig einer neuen Aussprachebezeichnung befleißigt, der eine leichtverständliche Schreibung zugrunde gelegt ist. Nur mit Hilfe eines geschickt ausgedachten Systems schnell einzuprägender Abkürzungen und Zeichen ist es möglich geworden, die unglaubliche Zahl von Angaben unterzubringen; wie leicht verständlich und schnell unterrichtend ist z. B. der Verweisungsspiel statt des bisherigen „siehe“! Besonders aufmerksam machen möchten wir auf die Diagramme, die wirtschaftliche Verhältnisse darstellen, z. B. die Arbeitslosigkeit und Auswanderung mit dem stürmischen Auf und Ab ihrer Linien. Die Lieferung kostet nur 1,90 Mk., und ungefähr aller vierzehn Tage soll eine neue Lieferung erscheinen bis zur zehnten, mit der das Werk abschließt.

Mehrere tüchtige

Positiv-Retuscheure

für 1a Maschinen-Retuschen in angenehme Dauerstellung gesucht.

E. Schreiber G. m. b. H., Stuttgart, Hackstraße 77.

Tüchtige

Autoätzer

in gubezahlte Dauerstellung sofort gesucht. Angebote mit Gehaltsansprüchen an

Vereinigte chemigraph. Kunstanstalt
K. A. Machleb, Chemnitz,
Theaterstraße 12.

Wir suchen einen tüchtigen

Strichätzer

für trockenes Verfahren

R. & J. Wenninger, Mannheim.

1a Kopierer

sofort gesucht **Neuburg & Wilms, Hamburg, Alter Steinweg 73.**

Tücht. erfahren. Kupfertiefdrucker

für Relation sofort gesucht. **Dr. Trenkler & Co. A.-G., Leipzig-Stötteritz,**
Graphische Kunstanstalt.

Wir suchen für unsere Offsetabteilung einen tüchtigen

Photolithograph

Angebote mit Lohnforderung und Zeugnisabschriften sowie Angabe des frühesten Antrittstermins an

J. C. F. Pickenhahn & Sohn A.-G., Chemnitz.

SCHULER STÜTTIGART

Wir suchen zum möglichst baldigem Eintritt:

Farbätzer, Autoätzer, Strichätzer
Chromo-Lithographen für Offset
Nachschneider, 1 Metall-Retuscheur
Positiv-Retuscheure, Andrucker f. Stein

Es wollen sich nur tüchtige Kräfte bewerben.

suchen

2 1a Maschinenretuscheure
1 Photograph für Auto und Strich
1 1a Farbätzer, Fertigmacher

Ankarstrand, Inhaber Mengel & Jung, Breslau.

Tüchtige

Strich- und Auto-Ätzer

in dauernde, angenehme Stellung für sofort gesucht. Bewerbungen mit Lohnansprüchen an

Förster & Borries, Zwickau i. Sa.

Gesucht werden

mehrere 1a Auto- und Strich-Ätzer
sowie ein I. Andrucker

der auch nachschneiden kann. Ausführliche Offerten mit Zeugnisabschriften u. Gehaltsansprüchen an

Hodes & Co., Köln (Rhein), Majbachstraße 159.

1a Photograph

sofort gesucht. **Neuburg & Wilms, Hamburg, Alter Steinweg 73.**

Wir suchen einige tüchtige

Farb- und Schwarzätzer

in Dauerstellung. Eintritt kann sofort erfolgen. Angebote an

Gustav Dreher, Württ. Graph. Kunstanstalt G. m. b. H.,
Stuttgart, Immenhoferstraße 23.

Retuscheur

Nachschneider, Ätzer

sucht bei dauernder Stellung **Rheinische Klischeefabrik Köln.**

Mehrere durchaus perfekte

Auto- und Strichätzer

1a Positiv-Retuscheure

sowie einen Montierer

der evtl. auch das Andrucken übernimmt, zum baldigsten Eintritt in angenehme Dauerstellung gesucht. Schriftliche Bewerbungen mit Angabe der Lohnansprüche an

Chemigraphische Kunstanstalt Ludwig Fein, Klischeefabrik,
Köln, Johannisstraße 48.

Erstklassiger Offsetdrucker

desgl. 1 lithograph. Maschinenmeister

und 1 Merkantil-Lithograph

bei hohem Lohn in Dauerstellung sofort gesucht.

Hugo Bestehorn, Magdeburg-N.

Wir suchen zur Erweiterung unserer chemigraphischen Abteilung per sofort oder später

1a Maschinen-Retuscheure

und mehrere tüchtige Farbätzer

Angebote mit Angabe der Gehaltsansprüche und Zeugnisabschriften erbiten

J. G. Scheller & Giesecke, Leipzig, Brüderstraße 26-28.
Abteilung Kunstanstalt für Hochätzung.

Tüchtiger Strichätzer

(der auch Auto ätzen kann)

tüchtiger Positivretuscheur

sofort gesucht. Oefl. Angebote mit Gehaltsansprüchen erbiten

Ludwig Kriegerbaum, Nürnberg, Maxfeldstraße 34.

Wegen Betriebserweiterung in hochbezahlte Dauerstellung zum sofortigen Eintritt gesucht

2 Farbätzer, 2 Autoätzer

1 Strichätzer, 1 Metall-Retuscheur

1 Maschinen-Retuscheur

In Frage kommen nur 1a Kräfte. Umzug wird vergütet; für Zimmer - später auch Wohnung - wird gesorgt.

Graphische Kunstanstalten **Hermann Friederichs,**
Hannover.

Chemigraphie-Abteilungsleiter

Wir suchen zur Leitung unserer Abteilung Ätzer einen tüchtigen Herrn, der in allen Sparten der Ätzerlei wirkl. Hervorragendes leistet. Ferner stellen wir noch ein geg. hoh. Lohn und Reisevergüt.

1a Farb- und Schwarzätzer

1a Strichätzer

Vereinigte Graphische Kunstanstalten Borgelt & Busch, Bielefeld.

Suche zum sofortigen Eintritt tüchtigen

Strichphotograph, Auto- und

Strichätzer sowie Retuscheure

Proben und Gehaltsansprüche an **Hermann Kiehne, Graph. Kunstanstalt und Klischeefabrik,**
Köln, Nautiliuswall 52.

Wir suchen in angenehme Dauerstellung sofort

1a Schwarzätzer sowie einen

tüchtigen Nachschneider für Netz und Strich

Ausführliche Angebote mit Zeugnisabschriften erbiten an

J. C. F. Pickenhahn & Sohn A.-G., Chemnitz.

Tüchtiger, jüngerer

Merkantil-Tiefdruck

Lithograph

zum raschmöglichen Eintritt in Dauerstellung gesucht. Angebote mit Lohnansprüchen und Probearbeiten an

Carl Pn. Schmidt, Kaiserlautern (Pfalz).

F. A. Brockhaus, Leipzig